

II-9373 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 47341J

A N F R A G E

1989 -12- 12

der Abgeordneten Dr. Keppelmüller, Resch, SVIHLEK, Dufm. GRONITZ  
und Genossen

an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten  
betreffend Maßnahmenpaket gegen Ozon und Klimaveränderung

Die Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie Dr. Marilies Flemming hat am 10. November 1989 dem Ministerrat einen Bericht über ein Maßnahmenpaket gegen Ozon und Klimaveränderung vorgelegt. Der Ministerrat hat zur Kenntnis genommen, daß der Bericht vorgelegt worden ist.

Im Bericht enthalten sind 40 Maßnahmen gegen Ozon und Klimaveränderung. 40 sind teilweise wiederholende Maßnahmen, die nach Ansicht der SPÖ-Fraktion ohne ausreichende wissenschaftliche Analyse betreffend die Realisierbarkeit gemäß dem Stand der Technik, ohne ökonomische Studie oder Berechnung der Umrüstkosten, ohne Prüfung der Auswirkungen auf die Volkswirtschaft sowie auf einzelnen Branchen, ohne Bewirtschaftung der Verteilungswirkung und ohne die Abschätzung der sozialen Verträglichkeit der Maßnahmen völlig ungewichtet aneinandergereiht worden sind. Dabei wurde Wichtiges neben Unwichtigem erwähnt, Falsches neben Richtigem und Widersprüchlichem. Von den 22 verkehrsbezogenen Forderungen sind zum Beispiel etliche bereits erfüllt (wie z.B. die Abgasvorschriften für Mopeds und Motorräder), 6 nach Ansicht der SPÖ-Fraktion in naher Zukunft nicht realisierbar (wie z.B. Hybridmotor oder Wasserstoffantrieb), 5 weitere in den umweltpolitischen Auswirkungen auf Klima und Ozon unwirksam oder fast unwirksam (wie z.B. der Nachrüstkatalysator).

Der SPÖ-Fraktion geht es deshalb darum, die Relevanz des von der Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie zusammengestellten Maßnahmenpakets, d.h. die Vorstellungen und Haltungen der jeweils zuständigen Bundesminister klarzustellen.

- 2 -

Die unterzeichneten Abgeordneten richten an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten nachstehende

A n f r a g e:

1. In welcher Form, in welchem Zeitraum und mit welchen Vorarbeiten wurden Sie in die Erstellung eines Maßnahmenpaketes gegen Ozon und Klimaveränderung, d.h. den mündlichen Bericht vom 10. November 1989, eingebunden?

Wenn Sie als zuständiger Bundesminister nicht eingebunden wurden, halten Sie eine derartige Vorgangsweise angesichts des Ressortprinzips in der Österreichischen Bundesverfassung sowie aufgrund des Bundesministerriengesetzes für korrekt? Glauben Sie, daß die Vorgangsweise der Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie Dr. Marilies Flemming die Durchsetzbarkeit des Maßnahmenpakets erleichtert hat?

2. Sind Sie der Ansicht, daß die Österreichische Bundesregierung eine Maßnahme beschließen sollte, wonach für Autos Höchsttreibstoffverbräuche vorgesehen werden?

In welchem Zeitraum halten Sie einen Höchsttreibstoffverbrauch von 2 l Benzin je 100 km, wie von der Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie vorgeschlagen, für technisch realisierbar?

In welcher Höhe beurteilen Sie die Investitionskosten für die gesamte Volkswirtschaft sowie für die Unternehmungen, wenn der Wagenpark auf derartig sparsame Autos umgestellt werden müßte?

Welche Auswirkungen auf die österreichische Mineralölindustrie hat diese Forderung?

3. Glauben Sie, daß Österreich aufgrund seiner industriellen Struktur einen wesentlichen Beitrag zur Entwicklung des Magermotors, des Hybridmotors oder des Wasserstoffautos in absehbarer Zeit leisten kann?

- 3 -

4. Welche Investitionsmittel sind erforderlich, um ein Wasserstoffverteilungssystem für Wasserstoffautos in Österreich zu bewerkstelligen? Welche Unternehmungen wären bereit, ihren Fuhrpark auf derartige - noch nicht serienmäßig verfügbaren Wasserstoffautos - umzustellen? In welchen Zeiträumen halten Sie eine derartige Maßnahme für realisierbar? Würden Sie sich für die Errichtung eines derartigen Wasserstoffverteilungssystems einsetzen?
5. Wie stehen Sie zu der Forderung der Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie, nach einer spürbaren Verteuerung des Benzins? Welchen Treibstoffpreis halten Sie für erforderlich, um die CO<sub>2</sub>-Emissionen um 20 % einzuschränken? Welche Auswirkungen hätte eine derartige Treibstoffverteuerung auf die Unternehmungen insgesamt und auf die Transportwirtschaft im speziellen? Um wieviel würden sich die Aufwendungen für Treibstoffe der einzelnen Unternehmungen und der Transportwirtschaft im speziellen jährlich erhöhen? Unterstützen Sie die Forderung der Frau Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie nach einer spürbaren Erhöhung der Treibstoffpreise als rasch zu realisierende Maßnahme?
6. Wie stehen Sie zur Forderung nach der Einführung eines autofreien Tages? Welche Auswirkungen zieht ein autofreier Tag für die Wirtschaft und speziell die Transportwirtschaft nach sich? Halten Sie etwa eine Komponentenlieferung zur Endfertigung an eine bestimmte Betriebsstätte für aufrechterhaltbar, wenn es zu einem autofreien Tag kommt? Halten Sie es für realistisch, daß durch einen autofreien Tag sowie andere Maßnahmen im gesamten Verkehrsbereich zumindest 7 Mio. t CO<sub>2</sub> jährlich eingespart werden könnten, wie von der Frau Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie behauptet wird?
7. Halten Sie es für sinnvoll, daß alle Kraftwerke und Industriekraftwerke eine Kraft-Wärme-Kupplung verbindlich vorgeschrieben wird?

- 4 -

Gilt dies auch für von Wohngebieten abgelegene Kraftwerke ohne entsprechende Fernwärmenachfrage?

Welche Investitionen sind für eine derartige Maßnahme erforderlich?

Welche Auswirkungen hätte eine derartige Maßnahme auf die Energiepreise?

Halten Sie die Annahme der Frau Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie für berechtigt, daß dadurch 2 Mio. t CO<sub>2</sub> eingespart werden könnten?

8. Halten Sie es für energiepolitisch richtig, daß Österreich die Verwendung von Erdgas weiter erhöht und sich damit in eine zusätzliche Auslandsabhängigkeit begibt? Wie steht die Forderung in Übereinstimmung mit dem österreichischen Energiekonzept?
9. Sind Sie der Ansicht, daß es im Industrie- und Gewerbebereich noch große Energiesparpotentiale gibt, wie von der Frau Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie behauptet wird?  
Ist es nicht vielmehr so, daß gerade in Industrie und Gewerbe ein wesentlich höherer Anteil an Energie gespart wurde gegenüber den Haushalten?  
Welche zusätzlichen Investitionsmittel wären erforderlich, um ein Energiesparpotential von vier Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> zu erreichen?  
Welche Branchen werden von derartigen Maßnahmen im besonderen betroffen?  
Wie würde sich die internationale Wettbewerbsfähigkeit der einzelnen Branchen gestalten?
10. Können Sie sich der Meinung der Frau Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie anschließen, daß bei Produktionsprozessen in der Industrie offensichtlich noch große Einsparpotentiale hinsichtlich der Vermeidung von CO<sub>2</sub>-Emissionen bestehen?  
In welcher Weise wirken sich derartige Umstellungen auf die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Industrie und des Gewerbes aus?
11. Wie stehen Sie zu dem Vorschlag der Frau Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie, fossile Energieträger zugunsten von Alternativenergien wie Biomasse zu verteuern?

- 5 -

Welche Auswirkungen hat dies auf Industrie und Gewerbe?

Welche Branchen wären dadurch besonders betroffen?

Werden die CO<sub>2</sub>-Emissionen durch die Umstellung von fossilen Energieträgern auf Biomasse wesentlich verkleinert werden?

12. Wird der Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten die Einführung einer Primärenergiesteuer unterstützen?

Welche Höhe soll eine derartige Primärenergiesteuer haben (in Schilling je kWh)?

Welche Auswirkungen wird eine derartige Primärenergiesteuer auf die einzelnen Industrie und Branchen haben? Welche Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit? Welche Branchen sind besonders betroffen?

Welche ziffernmäßige Belastung wird jährlich den österreichischen Unternehmungen aus der Einhebung einer Primärenergiesteuer erwachsen?

Wie hoch müßte eine derartige Primärenergiesteuer sein, damit Sie Ihrer Ansicht nach einen wesentlichen Lenkungseffekt nach sich zieht?

Sind Sie für die raschestmögliche Einführung einer Primärenergiesteuer, wie Sie von der Frau Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie vorgeschlagen wird?

13. Sind Sie dafür, wie als eine rasch zu realisierenden Einzelmaßnahmen von Frau Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie gefordert, daß auch Gewerbe und Industriebetriebe verpflichtend Katalysatoren nachrüsten müssen?

Welche Kosten würden daraus den Unternehmungen erwachsen?

Haben Sie eine derartige Maßnahme als geeignet, um den Treibhauseffekt einzuschränken?

14. Halten Sie die Einführung eines Dieselmotorkatalysators für eine rasch zu realisierende Maßnahme gemäß dem Stand der Technik? Sind Sie dafür, daß verbindliche Technologien statt Grenzwerte vorgeschrieben werden? Was verstehen Sie unter einem "Dieselmotorkatalysators"?

15. Werden Sie der Forderung der Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie nachkommen, Gaspendelsysteme verpflichtend nach der Gewerbeordnung vorzuschreiben? Wenn ja, bis wann werden Sie eine entsprechende Verordnung erlassen?

16. Welche Förderung von Elektrofahrzeugen und anderen emissionsarmen Fahrzeugen scheint Ihnen realistisch?  
Werden Sie hierzu eine Förderungsaktion durchführen?
17. Werden Sie nach dem Vorschlag der Frau Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie eine Immissionsbeschränkung für Baumaschinen, land- und forstwirtschaftliche Maschinen, Ladehilfen und ähnliches nach der Gewerbeordnung als Typengenehmigung vorsehen?  
Wenn nicht, warum nicht?
18. Werden Sie durch eine Novelle der Gewerbeordnung und des Luftreinhaltegesetz die Vorschriften für Stickoxid und Kohlenwasserstoffemissionen auch bei kleineren Anlagen verschärfen bzw. einführen? Welche Investitionen wird diese Maßnahme in den Gewerbebetrieben auslösen?
19. Werden Sie Maßnahmen setzen, die die Einführung geschlossener Systeme bei der Verwendung von Kohlenwasserstoffen und chlorierten Kohlenwasserstoffen weiter einschränken (Putzereien, Industrie, Metallentfettung)?  
Bis wann werden Sie derartige Verordnungen erlassen und wenn nicht, warum nicht?
20. Sind Sie der Meinung, daß Unternehmungen der Lebensmittelverteilung eine verpflichtende Verwendung von elektrisch- oder gasbetriebenen PKW's für bestimmte Zwecke, wie sie von der Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie vorgeschlagen wird, vorgeschrieben werden sollte?
21. Wie beurteilen Sie insgesamt das Maßnahmenpaket gegen Ozon und Klimaveränderung?  
Welche der aufgezeigten 40 Maßnahmen werden Sie im Rahmen der laufenden Gesetzgebungsperiode noch verwirklichen?
22. Halten Sie die Vorschläge der Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie für wohlüberlegt und ausgereift?  
In welcher Weise werden Sie der Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie auf ihren Bericht an den Ministerrat "Maßnahmenpaket gegen Ozon und Klimaveränderung" vom 10. November 1989 antworten?